

Newsletter Nummer 04/2020: Aktuelles aus Kreistag und Fraktion

Sitzung des Kreistags am 28. Juli 2020 in Ketsch

Wegen der Auswirkungen der Corona-Pandemie musste die erste Sitzung des Kreistags im April ausfallen.

Mit der Rheinhalle in Ketsch wurde inzwischen ein Ort gefunden, an dem der Kreistag – natürlich unter Einhaltung der Abstandsregelungen und gängigen Hygienemaßnahmen – fast wie gewohnt tagen konnte.

Neu in unserer Fraktion: Ernst Hertinger

Ernst Hertinger aus Hemsbach wurde zu Beginn der Sitzung von Landrat Stefan Dallinger als Kreisrat verpflichtet.

Er rückt für Daniel Pöstges, der aus beruflichen und gesundheitlichen Gründen seine Kreistagstätigkeit aufgeben musste, in die Fraktion der Freien Wähler nach.

Ernst Hertinger ist nun Mitglied im Ausschuss für Soziales sowie im Ausschuss für Schulen Kultur und Sport und stellvertretendes Mitglied sowohl im Verwaltungs- und Finanzausschuss als auch im Ausschuss für Umwelt, Verkehr und Wirtschaft.



Vorschlagsliste zur Wahl der ehrenamtlichen Verwaltungsrichterrinnen und -richter beim Verwaltungsgericht Karlsruhe

Überraschendes Ergebnis bei der Wahl der Vorschläge der ehrenamtlichen Verwaltungsrichterrinnen und -richter beim Verwaltungsgericht Karlsruhe:

Während die Vorschläge von CDU, Freie Wähler, SPD und FDP allesamt gewählt wurden, erreichte keiner der Vorschläge von Bündnis 90/Die Grünen, Linken und AfD das erforderliche Quorum von zwei Drittel der abgegebenen Stimmen.

Vorausgegangen war ein Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen auf geheime Wahl.

Wiedereintritt in den Arbeitgeberverband?

Die Fraktionen der CDU, der Freien Wähler und der FDP hatten im März 2020 gemeinsam beantragt, dass der Rhein-Neckar-Kreis ab Januar 2021 wieder in den Kommunalen Arbeitgeberverband eintreten und den Tarifvertrag im öffentlichen Dienst vollumfänglich anwenden soll.

Der Rhein-Neckar-Kreis war 2005 aufgrund der damaligen schwierigen Finanzsituation aus dem kommunalen Arbeitgeberverband ausgetreten. Die Kreisbeschäftigten arbeiten danach 40 Stunden pro Woche. Im Übrigen wurde der TVöD durch Einzelvertragsregelung weiterhin angewandt. Die tarifliche Arbeitszeit betrug damals 38,5 Wochenstunden. Sie wurde mittlerweile auf 39 Stunden tarifvertraglich erhöht.

Zunächst drei Feststellungen zum Antrag:

- Die Bediensteten des Rhein-Neckar-Kreises leisten sehr gute Arbeit und zeigen großes Engagement.
- Gleichzeitig ist der Rhein-Neckar-Kreis ein attraktiver Arbeitgeber. Er bietet bessere Aufstiegsmöglichkeiten als die kreisangehörigen Gemeinden, so dass eine Einbahnstraße besteht, und zwar von den Gemeinden zum Kreis, wobei Gegenverkehr kaum stattfindet.
- Als zertifizierte familienfreundlicher Arbeitgeber bietet er mannigfache soziale Leistungen, wie z.B. Eltern-Kind Zimmer, Ferienbetreuung, Kontakthalteprogramm mit Beurlaubten, Freistellungen bei tätigkeitsbezogenen Fortbildungen, kostenlose Grippeimpfung und Telearbeit. Seit 2017 forciert der Kreis als attraktiver Arbeitgeber die großzügige Handhabung bei Teilzeitbeschäftigung, verschiedenste Teilzeitmodelle und eine sehr offene Regelung zum Abgleiten von ganzen Tagen, Jahresarbeitszeitkonten, Jobticket, um nur einige wenige zu benennen.
- Dadurch entsteht eine win-win-Situation für Arbeitnehmer und Arbeitgeber.

Dennoch sei festzustellen, dass die Anforderungen an die Leistungsbereitschaft der Bediensteten stetig zunehmen, z. B. beim Coronar-Virus und der Aufnahme von Flüchtlingen und gleichzeitig die Gewinnung von Nachwuchskräften und die dauerhafte Bindung von Bediensteten an den Kreis immer schwieriger werden.

Aufgrund der Gespräche mit dem Personalrat unterstützen die Fraktionen von CDU, Freien Wählern und FDP mit dem Antrag den Wunsch auf Rückkehr zur 39-Stunden-Woche für die Beschäftigten des Rhein-Neckar-Kreises ab Januar 2021.

Dadurch werden nach den Berechnungen der Verwaltung 26,6 Stellen mit einem jährlichen Mehraufwand von 1,3 Millionen € notwendig.

Die drei Fraktionen halten es allerdings für geboten, für den Stellenplan 2021 zunächst vierzehn Stellen dafür auszuweisen. Sollten mehr Stellen benötigt werden, wären diese gesondert nachzuweisen.

Kreisrat Stefan Weisbrod bekräftigte für die Freien Wähler in einer kurzen Stellungnahme die Richtigkeit der Rückkehr in den Kommunalen Arbeitgeberverband.

Diese beschloss der Kreistag dann auch einstimmig.



Neubau der Steinbergschule Sinsheim mit integrativem Kindergarten

Vor drei Jahren hatte der Kreistag entschieden, die Steinsbergschule in Sinsheim nicht zu sanieren, sondern an anderer Stelle neu zu bauen.

Die guten Erfahrungen mit der Louise-Otto-Peters-Schule in Hockenheim haben sicher zu dieser Entscheidung mit beigetragen.

Die Vorteile gegenüber einer Generalsanierung liegen hierfür für **Kreisrat Franz Schaidhammer** in seiner Stellungnahme für die Freien Wähler auf der Hand:

- Man erspart sich und den Schülerinnen und Schülern während der Bauzeit unangenehme und teure Zwischenlösungen wie Auslagerungen in Schulcontainer. Die Kinder ziehen erst nach Fertigstellung der neuen Räume um.
- Das derzeitige Schulgelände liegt mitten in der Stadt und kann sinnvoll als Bauland vermarktet werden.

- Künftig befinden sich alle Kreisschulen in Sinsheim auf einem gemeinsamen Areal.
- Energetische Ziele können bei einem Neubau besser erreicht werden, als bei einer Sanierung.



Die Tatsache, dass mit der Schule auch ein integrativer Kindergarten errichtet wird, spreche für das gute Miteinander von Kreis und Stadt. Er soll an die Lebenshilfe bzw. die Stadt vermietet werden. So können Synergieeffekte genutzt werden.

Dass die Baukosten über 4.000 €/qm liegen zeige, dass der Kreis sich den Umwelt- und Klimaschutz etwas kosten lässt. Das sei eine Feststellung und keine Kritik, so Franz Schaidhammer. Die Freien Wähler stünden hinter den Umweltstandards, zumal die Entlastungswirkung nicht einmalig ist, sondern über die gesamte Nutzungsdauer des Gebäudes eintritt.

Unabhängig davon habe ihn die Baupreientwicklung überrascht, nicht nur im Vergleich zu den Prognosen in den Vorlagen von 2017 und 2019 und den Ansätzen im mittelfristigen Investitionsplan des Eigenbetriebes Bau, Vermögen und Informationstechnik in Höhe von sieben Millionen €, sondern auch im Vergleich mit der Louise-Otto-Peters-Schule, die ebenfalls in Passivhausbauweise errichtet wurde.

Dort lagen die Baukosten je Netto-Gesamtfläche unter 2.900 €/qm, die jetzige Kostenberechnung geht selbst ohne Außenanlagen, ohne Ausstattung und natürlich ohne Grundstück von 4.100 €/m² aus.

Weil die Freien Wähler die Maßnahme aber auf alle Fälle für sinnvoll halten, weil man wisse, dass Herr Obländer und sein Team umsichtig und pfleglich mit den zur Verfügung gestellten Mitteln umgehen und man so die Hoffnung habe, dass die Schlussabrechnung günstiger ausfällt als die aktuelle Kostenberechnung, stimmte er für die Freien Wähler gerne der Baufreigabe zu.

Kreisfinanzen im Blickpunkt

Im Anschluss standen die Kreisfinanzen im Fokus: Der Feststellung der Jahresabschlüsse 2019 des Rhein-Neckar-Kreises, der Freiherr von Ulnerschen Stiftung sowie des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik folgte die Nachtragshaushaltssatzung des Kreises für das Haushaltsjahr 2020. Zudem wurde die Kreisverwaltung ermächtigt, im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie zusätzlich erforderliche Personalkapazitäten und Sachmittel bedarfsorientiert und ohne weitere Haushaltsbeschlüsse der Kreisgremien aufzubauen bzw. zu beschaffen.

Jahresabschlüsse

Kreisrat Peter Riemensperger stellte in seiner Stellungnahme für die Freien Wähler zu den Jahresabschlüssen fest, dass das Haushaltsjahr 2019 im **Kernhaushalt** mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von 24 Millionen € abschließt.

Im Vergleich zum Plan ist dies eine Verbesserung um knapp 15 Millionen € - bei Berücksichtigung der Haushaltsermächtigungen von 2,5 Millionen € beträgt die Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses noch gut 12 Millionen €. Dies könne sich wirklich sehen lassen.

Die freien liquiden Mittel lagen Ende 2019 bei knapp 43 Millionen €.

Dies sei eine sehr gute Grundlage, um die wirtschaftlichen und finanziellen Folgen der Pandemie abzufedern, so Peter Riemensperger.

Auch das ordentliche Ergebnis der **Freiherr von Ulnersche Stiftung** ist mit 6.400 € positiv. Im Haushaltsplan für 2019 sei man noch von einem Defizit von 25.000 € ausgegangen.

Der **Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik** schließt das Rechnungsjahr 2019 mit einem Überschuss von 264.000 € ab. Gegenüber der Planung sei dies eine Verschlechterung von knapp 3,5 Millionen €.

Zum einen blieben die Erlöse um gut eine Million unter Plan, zum anderen lagen die Aufwendungen um gut 2,4 Millionen darüber.



Die zahlreichen Ursachen hierfür seien aber im Jahresabschluss nachvollziehbar erläutert worden.

Erfreut wies Peter Riemensperger darauf hin, dass die um 2,6 Millionen € geringeren Erträge aus der Veräußerung von unbeweglichem Anlagevermögen aller Voraussicht nach in diesem Jahr realisiert werden können und es sich somit nur um eine zeitliche Verschiebung handele.

Die Fraktion der Freien Wähler stimmte anschließend der Feststellung der Jahresabschlüsse, der Feststellung der gebührenrechtlichen Ergebnisse bei der Abfallwirtschaft und der Entlastung der Betriebsleitung sowie der Verwendung des Jahresüberschusses des Eigenbetriebs zu.

Nachtragshaushalt und Covid-19-Konzeption.

„Wie Sie wissen, hinterfragt meine Fraktion Stellenmehrungen stets kritisch“, begann **Kreisrat Peter Riemensperger** seine Anmerkungen für die Fraktion der Freien Wähler zur vorgelegten Nachtragsatzung und der geplanten Covid-19-Konzeption.



Er müsse allerdings gestehen, dass er geradezu erleichtert war, dass nach dem konjunkturellen Einbruch und dem zurückgehenden Steueraufkommen aufgrund der Corona-Pandemie mit der Nachtragsatzung „nur“ der Stellenplan, nicht aber der gesamte Haushalt geändert werden muss.

Sei dies doch ein deutliches Signal, dass der Rhein-Neckar-Kreis das Jahr 2020 finanziell wohl einigermaßen unbeschadet überstehen wird.

Und nach der Einigung der gemeinsamen Finanzkommission auf den Kommunalen Stabilitäts- und Zukunftspakt eine Woche zuvor könne der Kreis sogar einigermaßen optimistisch nach vorne blicken.

Zudem seien die Änderungen im Stellenplan begründet und erforderlich.

Im Bereich des öffentlichen Gesundheitsdienstes sei eine personelle Stärkung sogar unabdingbar.

Das Gesundheitsamt habe die Auswirkungen der Pandemie im Rhein-Neckar-Kreis bisher hervorragend gemeistert – die niedrigen Infizierten-Zahlen sprächen hier für sich.

Allerdings sei dies nur gelungen, weil alle anderen Aufgaben des Gesundheitsamts weitestgehend eingestellt waren und Personal aus allen Bereichen des Landratsamts zur Pandemiebekämpfung eingesetzt wurde. Dies dürfe kein Dauerzustand sein.

Peter Riemensperger bezeichnete es auch als sinnvoll, die Verwaltung zu ermächtigen, zusätzlich erforderliche Personalkapazitäten und Sachmittel im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie bedarfsorientiert und ohne weitere Beschlüsse des Kreistags aufzubauen bzw. zu beschaffen.

Mit einer Ermächtigung dieser Art hätte bereits bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise gute Erfahrungen gemacht – weshalb solle man nun also anders verfahren?

Zumal die Verwaltung bereits regelmäßige Berichte zugesagt habe, inwieweit diese Ermächtigung in Anspruch genommen wurde.

Er stimmte deshalb für die Fraktion der Freien Wähler auch der Nachtragssatzung sowie der Covid-19-Konzeption zu.

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen: Klimanotstand

Nach einem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sollte unter anderem den Klimanotstand erklären.

Kreisrat Hans Zellner betonte in seiner Stellungnahme für die Freien Wähler hierzu, dass der Schutz der Umwelt und die Bewahrung der Natur bei uns Freien Wählern einen hohen Stellenwert haben.

Deshalb habe man sich intensiv mit dem Thema „Fortschreibung Klimaschutzkonzept“ beschäftigt.

Hier sähen die Freien Wähler in erster Linie die Handlungsschwerpunkte für die nächste Zeit, verbunden mit aktuellen Handlungsanweisungen und Schwerpunkten des Klimaschutzes.

Konkret hätten die Freien Wähler dazu Verbesserungen des ÖPNV auf der Agenda die. Dazu habe man bereits im Rahmen der Haushaltsdebatte Position bezogen, Vorschläge erarbeitet wie Doppelstrukturen abzubauen und den 30-Minuten-Takt in der Hauptverkehrszeit, damit möglichst viele Pendler zum Umstieg vom Pkw auf den ÖPNV ermuntert werden.

Auch andere Fraktionen hätten Anregungen gegeben und Anträge gestellt.



Der Landrat bat danach die Fraktionen um Zustimmung, dass die Fortschreibung zu einem späteren Zeitpunkt erfolgt, weil Fortschreibungswünsche nicht klar definiert waren.

Dem hatten die Freien Wähler zugestimmt.

Ohnehin könne der Kreis selbst über das bereits veranlasste keine weiteren großen Akzente setzen, so Hans Zellner weiter. Dies sei aus dem Entwurf deutlich geworden und gehe nur im Schulterschluss mit den Kommunen. Dazu müsse vom Kreis ein starker Impuls ausgehen, den dann die Gemeinden im Rahmen ihrer Klimapläne umsetzen müssen.

Die Kommunen zur Zusammenarbeit zu ermuntern, im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten – auch jetzt und nach Corona – sei für die Freien Wähler der richtige Weg.

Vor diesem Hintergrund erscheine das Beharren der Grünen auf Behandlung ihres Antrags, „den Klimanotstand auszurufen“ offensichtlich: Formal in Ordnung, aber rein populistisch, weil wenig konkret.



Die Freien Wähler hielten nichts von solchen Schaufensteranträgen, um das eigene Klientel zu beruhigen.

Wie in der Vergangenheit werde auch künftig der Kreistag bei Entscheidungen den Klimaschutz berücksichtigen und einen hohen Stellenwert einräumen - siehe dazu auch dem Neubau der Steinsbergschule und anderer Maßnahmen mit Passivhausstandart.

Das Dokumentations- und Berichtswesen sei im Klimaschutzkonzept fest-

gelegt.

Die Begründung im Antrag werde durch die Aktivitäten und Tätigkeiten des Kreises bereits erfüllt, so dass kein zwingender Grund besteht den Klimanotstand auszurufen.

Allein der Begriff „Notstand“ sei in der deutschen Geschichte äußerst negativ belegt.

Die Freien Wähler seien nicht für plakative Symbolik, sondern für konkrete Maßnahmen, die dem Klima und der Umwelt konkret helfen.

Ganz konkret: Über die weiteren Punkte des Antrags könne man gerne im Rahmen der Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes im Arbeitskreis diskutieren.

Aber die Ausrufung des Klimanotstandes sei nicht mit uns zu machen, schloss Hans Zellner seine Ausführungen.

Erhalt der Fleischerei-Verkäufer-Fachklasse an der Friedrich-Hecker-Schule in Sinsheim

Die Kreistagsfraktionen von CDU, Freien Wählern, SPD, FDP und Linke appellieren an Dr. Susanne Eisenmann, Ministerin für Kultus, Jugend und Sport, von der Schließung der Fleischerei-Verkäufer-Fachklasse an der Friedrich-Hecker-Schule in Sinsheim abzusehen.

Im Vorfeld der Kreistagssitzung unterzeichneten die fünf Fraktionsvorsitzenden das Schreiben an die Ministerin.



Die Fraktionen im Kreistag des Rhein-Neckar-Kreises
Die Fraktionsvorsitzenden von
CDU, Freie Wähler, SPD, FDP, Die Linke

Frau
Ministerin
Dr. Susanne Eisenmann
Ministerium für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg
Postfach 10 34 42

70029 Stuttgart

Erhalt der Fleischerei-Verkäufer-Fachklasse an der Friedrich-Hecker-Schule in Sinsheim, Ihr Schreiben vom 23. Januar 2020
AZ 42-S2--SNH-F/28/1

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Eisenmann,

für Ihr Schreiben von 23. Januar 2020, in dem Sie die geplante Entwicklung im Bereich der Bildungsgänge Nahrungsmittelhandwerk (Fleisch) im Regierungsbezirk Karlsruhe und damit die Schließung der entsprechenden Fachklasse an der Friedrich-Hecker-Schule in Sinsheim erläutern, danken wir Ihnen ausdrücklich.

Mittlerweile haben jedoch die Vorfälle in verschiedenen Großschlachtereien während der Corona-Krise uns allen nochmals eindringlich vor Augen geführt, wie wichtig eine entsprechende Ausbildung qualifizierter Fachkräfte in diesem Bereich ist. Eine dezentrale Verteilung kleinerer Betriebe statt weniger Großschlachtereien, die insbesondere die großen Einzelhandelsketten beliefern, dient sowohl dem Tierwohl als auch der Versorgung der Bevölkerung mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln.

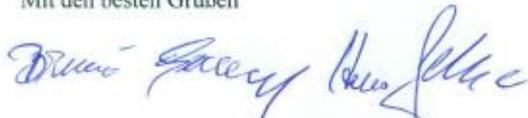
Wir sind uns sicher, dass die große politische Diskussion der vergangenen Wochen und die aufgezeigten dramatischen Folgen zu einer Schärfung des Bewußtseins bei Verbraucherinnen und Verbrauchern führen wird, und dadurch diese verstärkt bei lokalen Anbietern einkaufen werden. Kurzfristige Einsparungen von Seiten des Landes durch die Einstellung der Ausbildung in Sinsheim würde bestehende Strukturen zerschlagen und mittelfristig zu deutlich höheren Kosten für die Gesellschaft führen. Auf Grund der Entfernung und den örtlichen Gegebenheiten ist unserer Überzeugung nach nicht damit zu rechnen, dass Schülerinnen und Schüler aus dem bisherigen Einzugsbereich der Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim in gleichbleibender Anzahl den Standort Buchen besuchen werden. Dies lassen schon allein die derzeitigen Zahlen, die in Sinsheim deutlich über denen in Buchen liegen, nicht erwarten.

Gerne verweisen wir in diesem Zusammenhang nochmals auf unser Schreiben vom 4.12.2019 an Frau Abteilungspräsidentin Bauer, in dem wir auf die hochmoderne Ausstattung der Friedrich-Hecker-Schule, die Nahversorgungsfunktion unserer Metzgereien im ländlichen Raum sowie die Bedeutung einer gut erreichbaren Berufsschule für die Nachwuchsgewinnung der örtlichen Handwerks-Metzgereien hingewiesen haben.

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Eisenmann, wir appellieren eindrücklich an Sie, insbesondere im Hinblick auf die Erfahrungen der letzten Wochen, von der geplanten Schließung der Fleischerei-Verkäufer-Fachklasse an der Friedrich-Hecker-Schule in Sinsheim abzusehen! Geben Sie unseren Metzgereien im ländlichen Raum die Chance, die sie verdienen!

Kopien dieses Schreibens haben wir den zuständigen Landtagsabgeordneten übermittelt.

Mit den besten Grüßen



Bruno Sauerzapf
CDU-Kreistagsfraktion

Hans Zellner
Freie Wähler-Kreistagsfraktion



Ralf Göck
SPD-Kreistagsfraktion



Claudia Felden
FDP-Kreistagsfraktion



Dr. Edgar Wunder
Die Linke-Kreistagsfraktion

Weitere Informationen.....

Weitere Informationen zu allen Themen gibt es im Ratsinformationssystem des Kreises hier: <http://93.122.78.25/sdnet/vorlagen>